

Genderkingen verliert im Tauziehen um Gewerbegebiet

Gemeinde verlegt Fläche aus Wasserschutzgebiet

Genderkingen (ans)
Weil die Nürnberger ihr Trinkwasser aus Genderkingen „abzapfen“, muß die Ortschaft ihr Gewerbegebiet verlegen. Damit verbunden sind nicht nur Ärger und steigendes Verkehrsaufkommen, sondern vor allen Dingen auch über eine Million Mark an Erschließungskosten.

Genderkingens Bürgermeister Johann Schilke ist enttäuscht: „Lange haben wir noch Hoffnung gehabt, jetzt haben ich und der Gemeinderat sie begraben.“ Hoffnung dahingehend, daß das Gewerbegebiet zwischen dem Kernort Genderkingen und der südlich gelegenen Bahnlinie genutzt werden kann. Bis auf ein Betonwerk ist es noch unbebaut. Die Fläche liegt im Wasserschutzgebiet. Trotzdem hat es die Regierung von Schwaben innerhalb des Flächennutzungsplans der Gemeinde 1987 genehmigt.

Behörde ändert Meinung

Doch inzwischen hat die Behörde ihre Meinung geändert. Der Anlaß: das Kiesabbauunternehmen Wanner und Freisleben ist seit 1959 in einem Wohngebiet des Ortes ansässig. Um künftige Störungen für die Wohnbebauung zu vermeiden, sollte der Betrieb in das ausgewiesene Gewerbegebiet verlagert werden. Innerhalb der Gemeinde gibt es noch mehrere Betriebe, die ausgelagert werden.

Die Behörde, der bayerische Ministerpräsident und das bayerische Ministerium des Inneren machten der Gemeinde einen Strich durch die Rechnung. Die Firma dürfe dorthin nicht umsiedeln, weil die erforderlichen Betriebseinrichtungen in der weiteren Schutzzone für den „Zweckverband Wasserversorgung

fränkischer Wirtschaftsraum“ nicht zulässig sind.

Dazu muß man wissen, daß Nürnberg und die umliegende fränkische Region ihr Trinkwasser aus Genderkingen beziehen. Nordbayern ist wasserarm, der Untergrund hat wenig Speichervermögen, mit Niederschlägen ist die Gegend nicht gesegnet. Ganz im Gegensatz zu Südbayern. Das Gebiet ist wasserreich, es regnet viel, ausgedehnte Schotterfelder sind vorhanden. Dieser Zustand erlaube eine Fernleitung mit Wasser aus dem Donau-Lech-Bereich in den wasserarmen fränkischen Raum und die angeschlossenen Verbundgebiete zu führen. So das Ergebnis einer Untersuchung Anfang der Sechziger-Jahre.

Die Leitung wurde gelegt, die Gegend um Genderkingen zum Wasserschutzgebiet erklärt. Demnach dürfen sich auf dieser Fläche verschiedene Betriebe nicht ansiedeln. Auch nicht das Genderkingener Kiesabbauunternehmen. Deshalb haben die örtlichen Räte, die Firma selbst und die Landtagsabgeordneten der Region an die Tür des bayerischen Innenministeriums und der des Ministerpräsidenten geklopft. Sie haben darum gebeten, das im Flächennutzungsplan enthaltene Gewerbegebiet auch bebauen zu dürfen.

„Unheimlich schwierig“

Schilke zuckt mit den Schultern und erzählt: „Der Tenor der Antworten war, daß wir für die Firma Wanner und Freisleben eine Fläche außerhalb des Wasserschutzgebietes suchen sollen. Es war unheimlich schwierig, etwas zu finden. Wir mußten auf das Wasserschutzgebiet den Kiesabbau und das Hochwassergebiet Rücksicht nehmen.“ Der neu gewählte Standort liegt laut Bürgermeister süd-



Genderkingens Bürgermeister Johann Schilke zeigt auf das neue Gewerbegebiet, das zwischen Kommune und Flughafen entstehen soll. Der Gemeinderat ist sich darüber im klaren, daß der neu gewählte Standort nicht ideal ist. DZ-Bild: Sisulak

lich der B 16 außerhalb der Ortschaft. Schilke: „Dem Gemeinderat ist bewußt, daß das kein idealer Standort ist.“

Zum einen werden Erschließungskosten anfallen, die über die Eine-Million-Mark-Grenze klettern. Beim ursprünglich vorgesehenen Areal seien dagegen bereits Strom und Wasser vorhanden und eine ideale Verkehrsanbindung gewährleistet. Denn beim Ausbau der B 16 neu wäre ein Anschluß an die Straße möglich gewesen.

Die jetzige Lösung bringt weitere Nachteile mit sich, wie Schilke aufzählt: Der LKW-Verkehr wird durch die ganze Ortschaft fließen, sobald die B 16 neu ausgebaut ist. Mitarbeiter der Firmen im neuen Gewerbegebiet können nicht wie bisher mit dem Rad zur Arbeit fahren. Der Weg ist zu weit. Sie werden sich ins Auto setzen müssen.

Für die anstehenden Kosten muß die Gemeinde selbst aufkommen. Das bayerische Ministerium des Innern begründet dies wie folgt: „Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs stehen zur Förderung der Erschließung von Gewerbegebieten keine Mittel zur Verfügung“. Auch nicht in diesem Ausnahmefall. Der Zweckverband fränkischer Wirtschaftsraum hat Genderkingen allerdings einen freiwilligen Zuschuß versprochen.

Verloren

Und was passiert mit dem Gewerbegebiet, das im genehmigten Flächennutzungsplan integriert war? Schilke lächelt müde: „Es wird wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. In unserer kleinen Gemeinde sitzen wir doch immer am kürzeren Hebel.“

DZ: 04.02.1993